

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 15/2018

2. OKT 2018 | MARKUS KRÜSEMANN

Leiharbeit, Minijobs, Befristungen, Niedriglöhne: Es gibt zu viele miese Jobs. Wir veröffentlichen alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu solchen unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 16.10.2018.

Gewerkschaften haben nicht alle im Blick

Demnach sind fast 40 Prozent aller abhängig Beschäftigten in einer atypischen Beschäftigungsform. (...) Oft beschrieben werden die Folgen, die eng mit Prekariat und Armut verknüpft sind.

Der Arbeits- und Sozialwissenschaftler Berndt Keller von der Universität Konstanz hat nun aber die Einflussmöglichkeiten der Arbeitnehmervertreter untersucht – und kommt zu dem Resultat, »dass die Interessen der atypisch Beschäftigten bis heute nur unzureichend vertreten sind«.

Quelle: Stuttgarter-Zeitung.de vom 01.10.2018

1150 Leiharbeiter in der Pflege in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Leiharbeiter in der Pflege in Rheinland-Pfalz ist deutlich gestiegen. Im vergangenen Jahr waren 1150 Menschen in der Pflege als Leiharbeitnehmer beschäftigt, 816 davon in Krankenpflege, Rettungsdiensten und Geburtshilfe sowie 334 in der Altenpflege.

Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) sieht Zeitarbeit als Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Sie fordert aber, dass sie nicht zum Ersatz für reguläre Beschäftigung wird und die Lohndifferenz zur Festanstellung nicht zu groß wird.

Quelle: Volksfreund.de vom 01.10.2018

Arbeit - aber nur auf Zeit

Heide Fischer war immer wieder als Leiharbeiterin beschäftigt und hat das auch als Chance begriffen – Zurück will sie trotzdem nicht.

Es bleibt die ständige Unsicherheit, die Hoffnung auf einen »richtigen« Vertrag. Zum Teil werde diese Hoffnung ausgenutzt, meint Fischer. »Man kriegt eine Karotte hingehalten, muss immer funktionieren, sich immer beweisen.«

Quelle: Rhein-Neckar-Zeitung online vom 30.09.2018

Wenn der Zöllner klingelt

Landesweit hat der Zoll Mitte des Monats in einer Großaktion Betriebe auf Einhaltung des Mindestlohns kontrolliert. Ein wenig war das natürlich PR, denn das bis Offenburg zuständige Hauptzollamt Lörrach hat sich längst die organisierte Kriminalität zum Schwerpunkt gesetzt.

»Die Kontrollen waren dieses Mal auf das Thema Mindestlohn beschränkt. Dieser spielt in unserer Region umso weniger eine Rolle, je näher die Schweizer Grenze rückt (...), obwohl es natürlich auch bei uns Branchen gibt, bei denen eine Unterschreitung vorkommt.«

Quelle: Badische Zeitung online vom 30.09.2018

CDU-Sozialpolitiker haben sich jetzt die Plus-Rente ausgedacht

»Unser Ziel ist, dass jemand, der gearbeitet und eingezahlt hat, am Ende mehr hat als jemand, der nicht eingezahlt hat.« So steht es in einem Antrag, den der Arbeitnehmerflügel der Union, die CDA, an diesem Samstag beschließen möchte.

Der CDA geht es demnach darum, Altersarmut unter Geringverdienern zu verhindern. Die Plus-Rente stellen sie sich als 25 Prozent hohen Aufschlag auf den erreichten Rentenanspruch vor.

Quelle: FAZ.net vom 29.09.2018

Immer mehr Hartz IV für Menschen in Arbeit

Immer mehr Hartz IV ist zuletzt an Menschen mit einer Beschäftigung gezahlt worden. So übersprang die Summe, die sogenannte Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem abhängigen Erwerbstätigen erhielten, im vergangenen Jahr knapp die Zehn-Milliarden-Euro-Marke.

Im Jahr zuvor waren es 9,85 Milliarden Euro. Somit sind hunderttausende Aufstocker in Deutschland trotz Arbeit auf Grundsicherung angewiesen.

Quelle: FR online vom 28.09.2018

Mehrheit im Gastgewerbe profitiert nicht von Teilzeit-Gesetz

Nach Ansicht der Gewerkschaft NGG ist die geplante Reform des Teilzeitgesetzes für die Mehrheit der Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe wirkungslos, da sie nur für Betriebe mit mehr als 45 Mitarbeitern gelten soll.

»Das sind 70 Prozent des Personals im Gastgewerbe (...)«, kritisierte die Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (...). Bundesweit arbeiten nach Zahlen der Bundesregierung knapp 38 Prozent aller Arbeitnehmer in Betrieben mit weniger als 45 Beschäftigten.

Quelle: Fuldainfo.de vom 28.09.2018

Bundestag berät über Grundgesetzänderung und Teilzeit

Der Bundestag berät auch erstmals über das Gesetz zur Brückenteilzeit, das einen Rechtsanspruch auf Rückkehr aus einer Teilzeit-Beschäftigung auf eine Vollzeit-Stelle regelt. Rund 2,6 Millionen Erwerbstätige (15 bis 74 Jahre) würden gerne länger arbeiten.

Der Rechtsanspruch soll aber nur für Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 45 Mitarbeitern gelten. (...) Die

Linksfraktion und die Grünen kritisieren den Gesetzentwurf von Heil (SPD) daher als unzureichend.

Quelle: Zeit online vom 28.09.2018

Frauen können die Rente retten

Die Lösung kann also nur eine höhere Erwerbsquote sein (...). Schwer wiegt aber, dass ein ungewöhnlich großer Anteil von Frauen in Teilzeit arbeitet, mehr als in anderen, vergleichbaren Ländern. (...) Frauen arbeiten (...) häufig auch zu geringen Stundenlöhnen und machen den größten Teil der Minijobber aus.

Nun mag man einwenden, Frauen würden meist freiwillig in Teilzeit oder gar nicht arbeiten. Dies ist zynisch und falsch. (...) Die vergleichsweise geringe Erwerbstätigkeit von Frauen ist auch wirtschaftlich das größte ungehobene Potenzial unserer Gesellschaft.

Quelle: Zeit online vom 28.09.2018

Minijobber sollen mehr als 450 Euro verdienen dürfen

In einem der dpa vorliegenden Gesetzentwurf von Kober und seiner Fraktion fordert die FDP, die bisher starren Verdienstgrenzen bei geringfügiger Beschäftigung zu dynamisieren.

So solle die Lohngrenze zum 1. Januar 2019 auf das 60-fache des Mindestlohns festgelegt werden. Das wären dann gut 551 Euro. (...) Wegen der festen 450-Euro-Grenze bei Minijobs reduzieren sich bei jeder Mindestlohnerhöhung die Stunden, die ein Beschäftigter im Rahmen eines Minijobs arbeiten darf.

Quelle: FAZ.net vom 27.09.2018

Arbeitgeber fordern höheren Mindestlohn für Altenpfleger

Der Arbeitgeberverband Pflege fordert einen höheren Mindestlohn für Fachkräfte in der Altenpflege. «Wer gutes Personal bekommen und auf Dauer halten will, kriegt das nicht zum Spartarif», sagte Verbandsvizepräsident Friedhelm Fiedler.

Dagegen warnte Fiedler vor einem flächendeckenden allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflegebranche: »Das würde für viel böses Blut sorgen, das würde aufgrund der geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen schwerwiegende rechtliche Auseinandersetzungen zur Folge haben.«

Quelle: Deutsches Ärzteblatt online vom 27.09.2018

Vergabe-Mindestlohn soll auf 10,50 Euro pro Stunde steigen

Die Brandenburger Mindestlohnkommission hat sich kürzlich auf eine Erhöhung des Vergabe-Mindestlohnes verständigt. (...) Die Empfehlung wird über das Kabinett an den Landtag weitergeleitet. Für die Erhöhung muss das Vergabegesetz durch den Landtag geändert werden.

Das Brandenburgische Vergabegesetz trat Anfang 2012 in Kraft. Anfangs lag die Lohnuntergrenze bei öffentlichen Aufträgen von Land oder Kommunen bei 8 Euro. Die erste Erhöhung um 50 Cent auf 8,50 Euro wurde im Februar 2014 umgesetzt.

Quelle: BI-Medien.de vom 26.09.2018

Hilfe beim Stromsparen für Geringverdiener-Haushalte

Seit zehn Jahren werden Haushalte mit geringem Einkommen systematisch darüber informiert, wie sie durch Energiesparlampen oder abschaltbare Steckerleisten, aber auch beim Kochen oder Waschen Strom einsparen können.

Allein im Saarland wurden seit 2008 »knapp 2,4 Millionen Euro Energiekosten gespart«, zog gestern Saar-Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) Bilanz. Stromspar-Check heißt diese Aktion.

Quelle: Saarbrücker Zeitung online vom 25.09.2018

Die neue Klasse

Etwa ein Achtel der deutschen Erwerbsbevölkerung ist anhaltend prekär beschäftigt und lebt dauerhaft unter prekären Umständen. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Montag veröffentlichte Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde.

26 Prozent der Erwerbstätigen verortet die Studie in einer »Zone gefährdeter Sicherheit«; hier ist entweder die Beschäftigungssituation oder die Haushaltssituation »anhaltend« als prekär einzustufen – aber nicht beides.

Quelle: junge Welt online vom 25.09.2018

Teilzeitarbeit für Eltern

Während der Elternzeit dürfen Väter und Mütter in Teilzeit arbeiten. Dass der Arbeitgeber für die Dauer der Elternzeit eine Vertretung eingestellt hat, ist nicht in jedem Fall ein Grund für die Ablehnung so einer Teilzeit.

Es genügt, wenn die Firma vor Beginn der Elternzeit davon weiß. Arbeitnehmer können den Teilzeitwunsch also auch noch nach der Geburt äußern. Das zeigt eine Entscheidung des Arbeitsgerichts Köln.

Quelle: Welt online vom 24.09.2018

Viele Pfleger flüchten in die Leiharbeit

Weil die Bevölkerung zugleich immer älter wird und die Zahl der zu Pflegenden steigt, müssen Heime immer häufiger Leiharbeiter anfordern, um Löcher zu stopfen.

Oft flüchten Pfleger sogar freiwillig in die Leiharbeit, weil ihnen Druck und Belastung bei ihren Brötchengebern zu groß werden, sagt Michael Quetting von Verdi in der Region Saar und Trier. (...) Für Markus Mai ist die freiwillige Abwanderung in Leiharbeit ein »Armutszeugnis für das System«.

Quelle: Pfälzischer Merkur online vom 24.09.2018

Knapp ein Viertel der Kölner ist von Armut bedroht

Knapp ein Viertel der Kölner ist von Armut bedroht. Das ist das Ergebnis der repräsentativen Umfrage »Leben in Köln« (...). 16 Prozent der Erwerbstätigen in Köln sind per Definition arm – trotz Arbeit.

Das liegt daran, dass immer weniger Kölner in einem so genannten »Normalarbeitsverhältnis« beschäftigt sind –

also unbefristet in Vollzeit und sozialversicherungspflichtig. Immer mehr Menschen arbeiten dagegen in so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen.

Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger online vom 23.09.2018

Kein Ende der »Teilzeitfalle«?

Am 1. Januar 2019 soll die neue Brückenteilzeit in Kraft treten. Vor der Verabschiedung im Bundestag machen die Grünen Druck: Speziell die Millionen Frauen in Teilzeitarbeit würden davon kaum profitieren, rügt ihre Sprecherin für Arbeitnehmerrechte.

Die Grünen-Expertin moniert, dass die »Arbeitgeber mit Samthandschuhen angefasst werden«. Mithilfe betrieblicher Gründe sei es sehr einfach, den Wunsch abzulehnen. Schwellenwert und Zumutbarkeitsgrenze seien weitere Hürden.

Quelle: Stuttgarter-Zeitung.de vom 23.09.2018

Verbände kritisieren wachsende Armut in Deutschland

Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften haben der Bundesregierung vorgeworfen, zu wenig gegen die wachsende Armut im Land zu tun. So sei Armut selbst für viele Menschen in Beschäftigung bittere Realität, obwohl Wirtschaft und Arbeitsmarkt boomen.

Eschen betonte, prekäre Beschäftigung schaffe Unsicherheit, führe in Altersarmut und behindere die Lebensplanung. Die sogenannte Erwerbsarmut habe sich zwischen 2004 und 2014 verdoppelt. Der Anteil der »working poor« an allen Erwerbstätigen stieg demnach von 4,8 Prozent auf 9,6 Prozent.

Quelle: Evangelisch.de vom 21.09.2018

Befristet Arbeitsverträge: Arbeiten ohne Garantie

Ist die Befristung ein gesellschaftliches Drama vor allem zu Lasten junger Berufseinsteiger - oder ist sie ein unternehmens- und personalstrategisch bedeutsames Gestaltungselement?

Der Bamberger Arbeitswissenschaftler und Universitätsprofessor Dr. Olaf Struck spricht gar von einer »ökonomischen Katastrophe« für die jungen Leute. Sie würden in ihrer beruflichen und privaten Perspektive fehlgeleitet.

Quelle: Frankenpost.de vom 21.09.2018

Mehr Geld zum Wohnen für Geringverdiener

Geringverdiener sollen ab 2020 mehr Wohngeld bekommen. Das berichtet das Redaktionsnetzwerk Deutschland (»RND«) unter Berufung auf die Beschlussvorlage für den Wohngipfel am Freitag im Berliner Kanzleramt.

Darin heiße es, dass mit einer Wohngeldreform das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes gestärkt werden sollten. »So können die Entlastungswirkung des Wohngeldes erhalten und einkommensschwache Haushalte bei den Wohnkosten unterstützt werden.«

Quelle: FAZ.net vom 21.09.2018

Spahn will Teilzeit-Pflegekräfte zum längeren Arbeiten motivieren

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will den Mangel an Pflegekräften auch dadurch bekämpfen, dass Teilzeitkräfte mehr arbeiten.

Viele Beschäftigte in Heimen und bei ambulanten Diensten hätten ihre Stundenzahl reduziert, sagte Spahn der »Augsburger Allgemeinen« vom Donnerstag. (...) »Wenn von einer Million Pflegekräften 100.000 nur drei, vier Stunden mehr pro Woche arbeiten würden, wäre schon viel gewonnen.«

Quelle: Welt online vom 20.09.2018

Jetzt drohen Arbeitgebern hohe Nachforderungen

Normalerweise enthalten die meisten Arbeitsverträge, ja sogar die meisten Tarifverträge, eine sogenannte Verfallsklausel. (...) Genau diese Verfallsklausel dürfte aber nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts in vielen Arbeitsverträgen insgesamt unwirksam sein.

Weil zum 1. Januar 2015 der Mindestlohn per Gesetz eingeführt wurde, sind die Verfallsklauseln unwirksam, wenn diese Klausel nicht auch explizit die Bestimmungen zum Mindestlohn von der Verfallsfrist ausnehmen.

Quelle: WirtschaftsWoche online vom 20.09.2018

Perfides Bonussystem

Bei der Backwarenkettenkette »Lila Bäcker« schleppen sich die Mitarbeiter auch krank zur Arbeit. Hierfür sorgt insbesondere ein extra eingeführter Geldbonus. Diesen bekommt, wer sich nicht krankmeldet. Dafür, dass dieses perfide System funktioniert, sorgt schon die mickrige Bezahlung der Verkäufer.

Nach acht Monaten ohne Krankschreibung gibt es 100 Euro mehr pro Monat. Nach 14 Monaten sind es 150 Euro und nach eineinhalb Jahren gar 250 Euro, die die angeblich gesunden Verkäufer vom Unternehmen zusätzlich ausbezahlt bekommen.

Quelle: junge Welt online vom 19.09.2018

Regierung will Kitas für Geringverdiener gebührenfrei machen

Das Gesetz sieht eine bundesweit verpflichtende soziale Staffelung der Elternbeiträge vor. Einkommensschwache Familien sollen von den Kita-Gebühren befreit werden: Neben wie heute bereits etwa Hartz-IV-Empfänger sollen auch Bezieher von Wohngeld und Kinderzuschlag befreit werden.

Wer durch Arbeit nur ein geringes Einkommen erziele und Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehe, dürfe nicht mit hohen Kita-Gebühren belastet werden, sagte Giffey.

Quelle: NRZ.de vom 19.09.2018

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-152018--2251.html>

PDF erstellt am: 24.10.2018